

# Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden

□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 50

Charlottenburg, Freitag, den 10. Dezember 1915

Jahrg. 42

## Bekanntmachung.

Für die Berichtswoche vom 22. bis 27. November haben keine Berichte eingesandt:

Wuma, Hamburg, Wunsiedel.

Das Verbandsbüro.

## Der 16. Kriegsmonat.

Auch der Monat November hat eine Aenderung im Beschäftigungsgrad unserer Mitglieder nicht gebracht, wie nachstehende Tabelle als das Ergebnis unserer wöchentlichen Zählungen zum Ausdruck bringt.

Woche vom	Zahl der ermittelten Mitglieder			Beim Heere befindl.	Davon verheiratet	Völlig Erwerbslose						Beschränkt Beschäftigte						Voll-Beschäftigte					
	Männl.	Weibl.	Zusammen			Männl.	Weibl.	Zusammen		Männliche	Weibliche	Zusammen		Männliche	Weibliche	Zusammen							
								Zahl	In Proz.			Zahl	In Proz.			Zahl	In Proz.	Zahl	In Proz.	Zahl	In Proz.		
1.-6. Nov.	4011	2876	6887	6220	4260	290	7,23	550	23,14	840	13,15	1604	39,99	1255	52,81	2859	44,76	2117	52,77	571	24,03	2688	42,08
8.-13. Nov.	3947	2894	6841	6259	4322	305	7,72	503	21,01	808	12,74	1552	39,32	1248	52,93	2800	44,15	2090	52,95	643	26,85	2733	43,10
15.-20. Nov.	3592	2420	6312	6273	4339	287	7,37	542	22,39	829	13,13	1586	40,75	1274	52,64	2860	45,31	2019	51,87	604	24,95	2623	41,55
22.-27. Nov.	3865	2375	6240	6318	4353	283	7,32	503	21,17	786	12,59	1523	39,40	1248	52,54	2771	44,40	2059	53,27	624	26,27	2683	42,99

Nach unserer Zählung betrug die durchschnittliche Arbeitslosenziffer im Oktober bei männlichen Mitgliedern 7,2 vom Hundert, bei weiblichen 21,9 v. H., im Durchschnitt 12,7 v. H. Im November betrug der Durchschnitt bei männlichen 7,4, bei weiblichen 21,9 v. H., im Durchschnitt 12,9 v. H. Die absolute Arbeitslosenziffer betrug im Oktober im Durchschnitt 846 pro Woche, im November 816. Das geringe Sinken der absoluten Arbeitslosenziffer mag seine Erklärung in den noch immer steigenden Einberufungen zum Heere finden, während das fortdauernde Sinken der Mitgliederzahlen die Prozentziffer in die Höhe drückt.

Nach den Berichten der Industrie an das „Reichsarbeitsblatt“ war im Monat Oktober die Porzellanindustrie ausreichend beschäftigt, während die Lage der Steingutindustrie teils als befriedigend, teils als weniger befriedigend bezeichnet wird.

In einer Notiz in Nr. 48 „Keramische Rundschau“, in der über die Hauptversammlung des Verbandes deutscher Porzellanfabriken zur Wahrung keramischer Interessen berichtet wird, heißt es bezüglich des Geschäftsganges: Das Geschäft in der Porzellanindustrie ist zurzeit lebhaft. Einen großen Umfang hat in den letzten Wochen die Ausfuhr nach Polen, insbesondere nach Warschau, angenommen. Die obengenannte Unternehmerorganisation umfaßt in der Hauptsache die Fabriken der Gebrauchsgeräthbranche. In der Luxusporzellanbranche scheint die Geschäftslage andauernd sehr unbefriedigend zu sein und die Mitglieder in dieser Branche stellen wohl auch den Hauptanteil der Arbeitslosen. Diese Auffassung wird auch bestätigt durch eine im „Reichsarbeitsblatt“ veröffentlichte Statistik, in der die Arbeitslosen nach Landestellen geordnet sind. Nach dieser waren in der Porzellan- und Steingutindustrie Ende September arbeitslos von Mitgliedern unseres Verbandes in Berlin und Provinz Brandenburg 4 v. H., in Schlesien und Posen 5,5 v. H., Provinz Sachsen und Anhalt 6,7 v. H., in Bayern (rechtsrheinisch) 7,8 v. H., im Königreich Sachsen und in den thüringischen Staaten 16,9 v. H. Wenn in Thüringen die

größte Arbeitslosigkeit unter unseren Kollegen herrscht, dann wohl deswegen, weil Thüringen der Hauptsitz der Luxusporzellanindustrie ist und in dieser der Geschäftsgang am meisten zu wünschen übrig läßt.

Daß trotz der erheblichen Arbeitslosigkeit, unter der unsere Kollegen im allgemeinen zu leiden haben, einzelne Betriebe Mangel an Spezial-Arbeitskräften haben, mag nicht zu bestreiten sein. In Fraureuth sucht die Firma dem auf eine besondere Weise abzuwehren, wie ein Inserat in Nr. 277 des „Werdauer Tageblatt“ vom 28. November d. J. zeigt. Dort heißt es:

### Bekanntmachung.

Wir eröffnen am 13. Dezember in unseren Fabrikräumen zu Fraureuth bei Werdau i. Sa., abends 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, eine Schule zur Ausbildung von jungen Leuten beiderlei Geschlechts in allen Zweigen der

### Porzellanmalerei.

Besonders Begabte werden bis zur Porzellanhandmalerei ausgebildet, nicht nur in der mechanischen Behandlung von Porzellandekoration. Der Unterricht findet für solche, die nach erfolgter Ausbildung in unsere Dienste treten, kostenlos statt, und zwar Montags, Mittwochs und Freitags von 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> bis 9<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.

Schriftliche und persönliche Meldungen sind bis zum 8. Dezember zu richten an

Porzellanfabrik Fraureuth A.-G.,  
Fraureuth bei Werdau i. Sa.

In Fraureuth wie in den meisten anderen Fabriken müssen Malerlehrlinge noch vier Jahre lernen. Die Einrichtung der Ausbildungskurse scheint aber beweisen zu wollen, daß nicht vier Jahre erforderlich sind, um das Metier eines Porzellanmalers zu erlernen.

Von 35 Fachverbänden, die für den Monat Oktober an das „Reichsarbeitsblatt“ berichteten, stehen wir immer noch an zweiter Stelle bezüglich der Arbeitslosenziffer, und zwar mit 12,7 v. H., während die durchschnittliche Arbeitslosigkeit

in allen berichtenden Verbänden 2,5 gegen 2,6 im Vormonat betrug.

Die Lage unserer Kolleginnen und Kollegen ist demnach unverändert ungünstig und hat sich in der langen Zeit von 16 Monaten, die der Krieg schon dauert, als immer drückender erwiesen. Bei den außerordentlich ungünstigen Erwerbsverhältnissen, unter denen ein erheblicher Teil unserer Mitglieder leidet, wirkt die herrschende Lebensmittelteuerung doppelt fühlbar. Nach der Calwerschen Statistik über den Stand der Lebensmittelpreise beträgt für den Monat September der Aufwand für Lebensmittel für eine vierköpfige Familie (Mann, Frau und zwei Kinder), gemessen an den Kosten des Nahrungsmittelaufwandes für einen deutschen Marinesoldaten, im Reichsdurchschnitt 39,93 M. Das ist gegen den September 1911, wo der Durchschnitt 24,77 M. betrug, eine Erhöhung von 14,16 M. pro Woche. In Thüringen, wo das Gros unserer Mitglieder zu finden ist, betrug diese Durchschnittssumme 39,13 M., also nicht erheblich viel weniger als im Reichsdurchschnitt.

Wir brauchen weder unsere Thüringer Kollegen noch sonst an anderen Orten zu befragen, wer in der Lage ist, für Lebensmittel bei einer vierköpfigen Familie 39,13 M. pro Woche aufwenden zu können. Wir wissen nur zu genau, daß sie leider auch schon im September 1911 die damals erforderlichen 24,77 M. nicht aufwenden konnten. Bei längerem Andauern dieses heutigen Zustandes müssen sich aber Folgen einstellen, die in einer Erhöhung der Erkrankungs- und Sterblichkeitsziffer ihren Ausdruck finden werden, zumal die Porzellanarbeiter dafür bekannt sind, daß aus ihren Reihen die Lungentuberkulose die zahlreichsten Opfer fordert. Hoffen wir, daß diese ungemein harte Zeit sich recht bald ihrem Ende zuneige, aber hoffen wir auch, daß die Kollegen allorts begreifen lernen, daß mit Klagen allein die Uebelstände nicht zu beseitigen sind, die sie bedrücken. Es wird anstrengender und ausdauernder Organisationsarbeit bedürfen, um die Schäden zu heilen, die ihnen schon bisher in den verfloßenen 16 Monaten erwachsen sind.

## Konferenz

### der Vertreter der Verbandsvorstände.

Die jüngste Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände war auf die Zeit vom 16. November zusammenberufen worden, weil in diese Tage das 25jährige Jubiläum der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und das 25jährige Arbeitsjubiläum ihres Vorsitzenden Carl Legien fiel. In Friedenszeiten wäre dieses Jubiläum vielleicht mit einem Gewerkschaftskongreß verbunden und durch eine gewaltige Kundgebung begangen worden. Der Krieg, in dem sich unser Volk befindet, erlegt uns hier, wie in so manchen Beziehungen, die größte Zurückhaltung auf. So wurde das Doppeljubiläum nur durch eine kleine, aber würdige Feier im Kreise der Vorstandsvorleiter und einiger engbefreundeter Gäste begangen. Das Foyer und der Sitzungssaal des Gewerkschaftshauses waren aus Anlaß dieser Feier festlich geschmückt und der Vorsitzende, Genosse Legien, gedachte bei der Eröffnung der Konferenz in einer markigen Rede dieses Ereignisses und der glänzenden Entwicklung der Gewerkschaften seit 25 Jahren.

Der Bericht der Generalkommission konnte angesichts der täglich anwachsenden Kriegsfürsorge-Arbeit weder erschöpfend noch in schriftlicher Form gegeben werden. Legien und Bauer berichteten mündlich über den Fortschritt und die Erfolge der Arbeiten auf den Gebieten der Arbeitslosen-, Arbeitsvermittlung- und Familienunterstützungsfrage, über die Kriegsbeschädigtenfürsorge, über die Versammlungs- und Presszensur und über die Berücksichtigungen der im Gewerkschaftsinteresse nachgesuchten Zurückstellungen vom Heeresdienst, während Genosse R. Schmidt das überweite Gebiet der Lebensmittelfürsorge um seine bündelnde und gemeindliche Regelung beleuchtete. Er wies darauf hin, daß die Bundesratsverordnungen den Gemeinden weitgehende Vollmachten erteilen und daß nunmehr von den Gemeinden ein energisches Zusammenarbeiten werden müsse. Die in den Gemeinden tätigen Arbeitervertreter dürften nichts unversucht lassen, auf eine kommunale Regelung von Höchstpreisen, Heranschaffung der benötigten Lebensmittel und deren geeignete Verteilung hinzuwirken. In den anschließenden Erörterungen wurde hervorgehoben, daß die gewerkschaftliche Mitarbeit an der Gestaltung der Kriegsbeschädigtenfürsorge so wichtig sei, daß die Generalkommission nach Bedarf selbst eine weitere

Arbeitskraft dafür einstellen solle. Die Konferenz stimmte dieser Auffassung zu.

Sodann hielt der Vorsitzende des Deutschen Transportarbeiterverbandes, Genosse Schumann, ein informatorisches Referat über das Koalitionsrecht der Staatsarbeiter, ausgehend von den im bayerischen Landtage stattgefundenen Erörterungen bezüglich des Reverses der Eisenbahnangestellten und Arbeiter, der die Zugehörigkeit zu gewissen gewerkschaftlichen Organisationen verbietet. Die Lösung der damit zusammenhängenden Fragen soll nach der Ankündigung des bayerischen Ministerpräsidenten einer Konferenz der Bundesstaaten vorbehalten bleiben.

Ebenfalls informatorisch war ein Vortrag des Leiters der Sozialpolitischen Abteilung, Genossen Rob. Schmidt, über die Gestaltung der künftigen Handelsverträge. An der Hand eines überreichen Materials legte der Redner die bisherigen vertraglichen und tatsächlichen Handelsbeziehungen Deutschlands mit anderen Staaten dar, schilderte die Einwirkungen der Kriegslage auf dieselben und deutete die Entwicklungsmöglichkeiten nach dem Kriegsabschlusse im Hinblick auf die sich vorbereitenden neuen Mächtegruppierungen an. Eingehend würdigte er die Interessen der Gewerkschaften an dieser Entwicklung, sowohl als Konsumenten wie auch als Produzenten, und empfahl den Gewerkschaftsvorständen, diesen Fragen rechtzeitig ihre volle Aufmerksamkeit zuzuwenden, damit die Gewerkschaften bei der Neugestaltung der wirtschaftspolitischen Beziehungen auch ihren Einfluß in die Waagschale der Entscheidung werfen können. In einer ausgedehnten Debatte wurde diese Frage sowohl vom allgemein gewerkschaftlichen Standpunkt als auch unter dem Gesichtspunkte der verschiedenen Berufsinteressen beleuchtet und eine Reihe von nützlichen Anregungen gegeben. Den Vorständen wurde nahegelegt, aus ihren Berufskreisen Materialien zu diesen Aufgaben zu sammeln und der Sozialpolitischen Abteilung zu übermitteln. Der Vortrag des Genossen Robert Schmidt soll den Vorständen für den Kreis ihrer Organisationsleiter im Druck zur Verfügung gestellt werden.

Durch den Krieg ist zahlreichen Arbeitersekretariaten die finanzielle Grundlage erheblich beengt worden, so daß die Generalkommission vielfach mit ihren Mitteln helfend eingreifen mußte. Da auch die Mittel der Generalkommission infolge der Verminderung der Mitgliederzahlen der Gewerkschaften zurückgehen müssen, so wurde die Frage erörtert, inwieweit die Gewerkschaften bereit seien, den Sekretariaten auch fernerhin diese Hilfe zu gewährleisten. So sehr die Notwendigkeit hierzu auch anerkannt wurde, so wurde doch allgemein dabei dem dringenden Wunsche Ausdruck gegeben, daß Beitrags erhöhungen zu vermeiden seien, und daß die Generalkommission sich bei solchen Unterstüzungen der größten Sparsamkeit und strengsten Vorprüfung der Notwendigkeit von Unterstüzungen sowie der Kontrolle über die Verwendung der gewährten Beihilfen befleißigen müsse.

Die Aufrechnung der gewerkschaftlichen Krankenunterstützung auf das Krankengeld seitens mancher Krankenkassen veranlaßte die Gewerkschaftsvorstände zu einer Stellungnahme gegenüber dieser vom Reichsversicherungsamt als zulässig erkannten Praxis. Der Konferenz wurde eine Anzahl von statutarischen Fassungen über die Gewährung von Krankenunterstützung unterbreitet, die ihren Zweck mehr oder weniger erfüllen, und ihnen anheimgegeben, bei künftigen Satzungsänderungen eine dieser Fassungen zu berücksichtigen.

Im weiteren wurde der Beschluß der Vorstandskonferenz vom 17. August 1914, wonach während des Krieges Uebertritte von Mitgliedern nicht zugelassen und Ueberbeschreibungen nicht vorgenommen werden sollen, durch die Annahme folgender Sätze erweitert:

„Mitglieder, die in einem für ihren Verband nicht zuständigen Betriebe arbeiten wollen, sind verpflichtet, sich vor Annahme einer Arbeitsstelle über die Arbeitsverhältnisse zu erkundigen und die zur Hebung dieser getroffenen Maßnahmen zu beherzigen.“

Die für den Betrieb zuständige Organisation soll die betriebsfremden Arbeiter zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen ihrem Verband gegenüber anhalten.

Der Beschluß vom 17. August 1914 betreffend die Uebertritte wird aufrechterhalten.

Eine Abweichung von diesem Beschlusse hat eine Bestätigung unter den in Betracht kommenden Verbandsvorständen zur Voraussetzung. Diese werden zur sachlichen Prüfung der für den Uebertritt maßgebenden Gründe verpflichtet.“

Eine Aussprache über die Möglichkeit der Fortdauer der Arbeitsgemeinschaften zwischen den verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen über den Krieg hinaus ergab das allseitige Ein-

verständnis in allen gemeinsamen Arbeiterfragen, so wie dies während des Krieges geschehen, auch nach dem Kriege mit den übrigen Gewerkschaftsgruppen zusammenzuwirken, soweit eine Verständigung mit ihnen möglich ist.

Schließlich wurden noch eine Reihe von Einzelfragen, wie der Vertrieb der von der Generalkommission aus Anlaß ihres fünfundzwanzigjährigen Jubiläums herausgegebenen Erinnerungsschrift durch die Gewerkschaften, die Wiedereinstellung kriegsbeschädigter Gewerkschaftsangehöriger und die Kriegstatistik der Gewerkschaften erledigt.

## Die amtliche Statistik der Streiks und Ausperrungen

Wie im neuesten Vierteljahresheft der Statistik des Deutschen Reiches mitgeteilt wird, ergeben, daß zwei Streiks vor dem 1. April d. J. begonnen, aber bis zu diesem Tage noch nicht beendet worden waren. 40 Streiks sind im zweiten Quartal 1915 dazugekommen, sodaß im ganzen 42 Streiks sich abgespielt haben; sie alle sind im zweiten Vierteljahr 1915 beendet worden. Das sind verschwindend geringe Zahlen gegen das zweite Vierteljahr 1914; denn damals sind 99 Streiks beendet worden.

Von den Streiks sind im zweiten Vierteljahr 1915 im ganzen 70 Betriebe betroffen worden, gegen 2476 Betriebe im zweiten Vierteljahr 1914. Ganz stillgelegt wurden durch die Streiks 20 Betriebe gegen 697 im Vorjahr. Die Streiks betrafen 11 647 Arbeiter gegen 82 140 im Vorjahr. Die Höchstzahl der gleichzeitig Streikenden war 4294 gegen 26 693 im Vorjahr. Gegen ihren Willen mußten 372 Personen weichen, gegen 878 im Vorjahre. Within ist die Streikbewegung im 2. Vierteljahr 1915, also im 4. Kriegsvierteljahre, ganz geringfügig gewesen.

Der Ausgang der Streiks entspricht dem Ergebnis des Vorjahres: 12 Streiks hatten vollen Erfolg, 10 teilweisen und 20 keinen.

Von den einzelnen Gewerbegruppen stehen Bergbau, Salinenwesen, Torfgräberei an der Spitze mit 5000 Beschäftigten in den von den Streiks betroffenen Betrieben. Dann folgt: Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate mit 2616 Beschäftigten, das Baugewerbe mit 1428, die Metallverarbeitung mit 1023. Die größte Zahl der von den Streiks betroffenen Betriebe weist das Handelsgewerbe mit 30 Betrieben, aber nur mit 503 Beschäftigten auf.

Von den Staaten und Landesteilen ist zuerst anzuführen die Provinz Schlesien mit 2963 Beschäftigten in den von den Streiks betroffenen Betrieben, dann das Königreich Sachsen mit 2745, die Stadt Berlin mit 2620 und das Rheinland mit 2298.

An Ausperrungen ist nur eine ermittelt worden gegen im zweiten Vierteljahr 1914. Sie fand in der Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate in der Provinz Brandenburg statt. Sie betraf einen Betrieb mit 1100 Beschäftigten und legte ihn vollständig still. Sie hatte einen teilweisen Erfolg.

## Aus unserem Berufe

**Deutsches Hartporzellan.** In Deutschland ahnt man in weiten Kreisen nicht, welchen Umfang gerade die Fabrikation des technischen Porzellans bei uns erreicht hat. Man stellt die mannigfaltigsten Dinge ausschließlich für technische Zwecke aus Porzellan her: hochfeuerfeste Tiegel, die auch bei stärksten Stößen ihr Aussehen und vor allem ihr Gewicht nicht ändern, sodaß sie zu den feinsten Messungen und Wägungen benutzt werden können. Einige Firmen haben sich einen Weltreputation erworben und das mit Recht. Nach den Untersuchungen von Dr. G. Rosenthal vermag z. B. das technische Porzellan der Berliner Porzellan-Manufaktur einen Druck auszuhalten, der im Mittel etwa 4200 Kilogramm auf den Quadratcentimeter beträgt. Ebenso günstige Zahlen ergeben sich für Zugfestigkeit und Biegefestigkeit. Dabei ist die Ausdehnung des Porzellans in der Hitze äußerst gering. Der sogenannte „Ausdehnungskoeffizient“ beträgt bei 700 Grad nur 0,00000356, d. h. diese Porzellangeräte vertragen, da sie sich auch bei starker Hitze

kaum ausdehnen und bei Abkühlung kaum zusammenziehen, einen ziemlich scharfen Temperaturwechsel, ohne daß sie dabei springen. Die Gasdichtigkeit ist eine außerordentlich hohe, die elektrische Leitfähigkeit eine so große, daß eine unglasierte Platte von nur 2,5 mm Dicke erst von Strömen von der gewaltigen Spannung von 40 000 Volt durchschlagen wird.

Daß sich das Fehlen dieses in seinen Eigenschaften geradezu einzigartigen Porzellans in der technischen Welt des Auslandes merklich fühlbar macht haben wir schon früher mitgeteilt. Amerikanische Fabriken haben nun, nach amerikanischen Zeitschriften, in der Herstellung „merkliche Fortschritte“ gemacht. Damit ist ohne weiteres zugegeben, daß das Vorbild des deutschen Porzellans noch lange nicht erreicht ist. Ob das von einer Firma angekündigte japanische Porzellan wirklich den besten deutschen Gerätschaften ebenbürtig ist, darf wohl bezweifelt werden, denn früher hörte man nichts von japanischem technischen Porzellan, und daß in einem einzigen Jahre die jahrzehntelangen Erfahrungen und Betriebsgeheimnisse der deutschen Fabrikation von den Japanern eingeholt worden sein sollten, erscheint doch mehr als unwahrscheinlich.

Hierzu kommt aber noch ein weiterer Umstand: Eines ganz besonderen Rufes erfreuten sich zwar sowohl die deutschen wie die englischen Kaoline, aber die deutschen scheinen doch noch besser zu sein. Der beste Beweis dafür besteht darin, daß deutscher Kaolin in England sehr begehrt war, und daß er auch tatsächlich einige Jahre lang ausgeführt wurde. Dann aber behielt man ihn im Lande, waren doch die seitens der ganzen Welt an die deutsche Porzellanindustrie gestellten Anforderungen derartig gewaltig, daß man nichts mehr abgeben konnte. So mußten die Engländer ohne deutschen Kaolin auskommen und, wenn sie bestes technisches Porzellan haben wollten, deutsche Fertigprodukte beziehen. Daß nun der deutsche Kaolin den ausländischen, insbesondere den englischen, in bezug auf Güte ganz beträchtlich übertrifft, ist bekannt. Speziell für die technische Porzellanfabrikation ist die Farbe Nebensache. Wenn man daher dem englischen Kaolin ein helleres Weiß nachrührt, so hat das für die Zwecke unserer deutschen Technik nichts zu sagen. Im übrigen aber läßt sich das gleiche helle Weiß auch beim deutschen Kaolin durch sorgfältiges Schlämmen mit einwandfreiem reinen Wasser erreichen. (Brühns Fachblatt.)

## Vermischtes

**Teures Schuhzeug.** — Spiritus statt Speisekartoffeln. Die Beschaffung und Instandhaltung des Schuhwerkes macht jetzt den minderbemittelten und kinderreichen Familien die schwersten Sorgen. Die notwendigen Ausgaben dafür sind fast unerschwinglich hoch und wenn Einschränkungen gemacht werden müssen, kommt schließlich nur der Arzt ins Haus. Das muß um so verbitternder wirken, als die jetzigen hohen Lederpreise den Lederfabrikanten unverhältnismäßig hohe Gewinne einbringen. Die durch den Krieg bedingte Verteuerung der Lederproduktionskosten beträgt hoch gerechnet etwa Mk. 1,50 für das Pfund fertigen Leders, während es in Wirklichkeit um etwa 3—4 Mk. pro Pfund teurer geworden ist. Von ihrem Verdienst müssen zwar die Lederfabrikanten 70 Pfg. pro Pfund als Wohlfahrtssteuer an die Reichsmilitärkasse zahlen; die Erhebung des Betrages ist indessen nur eine mittelbare Besteuerung der Verbraucher. Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen hat daher in einer Eingabe an das Reichsamt des Innern eine kräftige Herabsetzung der hohen Richtpreise für Leder und die Aufhebung der Wohlfahrtsabgabe verlangt. Daraufhin ist ihm von dem Reichsamt des Innern der Bescheid zugegangen, daß die dazu notwendigen Schritte bereits eingeleitet sind und in der Richtung der in dem Schreiben vorgebrachten Wünsche verfolgt werden. Darnach darf man wohl erwarten, daß die Preise für Leder in absehbarer Zeit so gestellt werden, daß dann die Versorgung mit Schuhzeug und seiner Instandhaltung zu erschwinglichen Preisen möglich sein wird.

Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen hat ferner in einer Eingabe die baldige weitere Herabsetzung der zu hohen Preise für Kartoffel-Trocken- und Stärkeerzeugnisse und für Kartoffelspirituskartoffeln verlangt. Die überaus hohen Fabrikationspreise für diese Erzeugnisse führen zu einer unnatürlichen Ueberwertung der Kartoffeln, so daß z. B. in der Spiritusbrennerei selbst die geringsten Kartoffeln noch mit 8 bis 8 1/2 Mark für den Doppelzentner verwertet werden, während der doch gewiß ausreichende Erzeugerhöchstpreis für Speisekartoffeln 5,50 Mark

